

## EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 10.10.2013  
C(2013) 6471 final

*Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,*

*Die Kommission dankt dem Bundesrat für seine Stellungnahme zum EU-Justizbarometer COM(2013) 160 final.*

*Ziel des EU-Justizbarometers ist die stetige Verbesserung der nationalen Justizsysteme in der Europäischen Union unter anderem durch einen offenen Dialog und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten. Die Stellungnahme des Bundesrates ist ein wertvoller Beitrag zu diesem offenen Dialog.*

*Die Kommission möchte klarstellen, dass das EU-Justizbarometer weder die Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten für die Organisation und Verbesserung ihrer Justizsysteme in Frage stellt noch ein bestimmtes Justizsystem besonders befürwortet. Das EU-Justizbarometer soll die Mitgliedstaaten anhand objektiver, zuverlässiger und vergleichbarer Daten über die Arbeitsweise der Justizsysteme zu einer effektiveren Justiz befähigen. Denn eine funktionierende Justiz stellt eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit aller EU-Rechtsvorschriften, einschließlich der wachstumsfördernden Wirtschaftsgesetzgebung, dar. Jedes Mal, wenn ein nationales Gericht EU-Rechtsvorschriften anwendet, handelt es als „Gericht der Union“ und muss jedem, dessen im EU-Recht verankerten Rechte verletzt wurden, effektiven Rechtsschutz bieten. Das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf ist in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert (Artikel 47).*

*Bezüglich der Einbeziehung des EU-Justizbarometers in das Europäische Semester weist die Kommission darauf hin, dass das Ziel des Europäischen Semesters darin besteht, die Grundlagen für eine Rückkehr zu Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum in der EU zu schaffen. Die Qualität, Unabhängigkeit und Effizienz der Justizsysteme sind wichtige strukturelle Komponenten nachhaltigen Wachstums und sozialer Stabilität in allen Mitgliedstaaten. Mängel im Justizsystem eines Mitgliedstaates beeinträchtigen nicht nur das Wachstum in dem betreffenden Staat, sondern das Funktionieren des gesamten Binnenmarktes und somit die Wirtschaft aller Mitgliedstaaten. Aus diesem Grund schloss der Europäische Rat am 27. und 28. Juni das Europäische Semester 2013 mit der Billigung der*

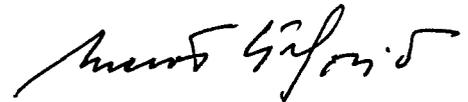
*Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann  
Präsident des Bundesrates  
Leipziger Straße 3-4  
10117 Berlin  
DEUTSCHLAND*

*länderspezifischen Empfehlungen ab, die Empfehlungen zur Verbesserung der Unabhängigkeit, Effizienz oder Qualität der Justizsysteme einiger Mitgliedstaaten einschließen.*

*Ferner wird das Justizbarometer der Verschiedenheit der Justizsysteme gerecht. Die Vielfalt der unterschiedlichen Rechtstraditionen soll gewahrt bleiben. Unabhängig vom Modell des nationalen Justizsystems gehören fristgerechte Abwicklung, Unabhängigkeit, Erschwinglichkeit und leichter Zugang jedoch zu den wesentlichen Kennzeichen eines funktionierenden Justizsystems.*

*Die Kommission hofft, mit ihren Ausführungen die in der Stellungnahme des Bundesrates angesprochenen Fragen geklärt zu haben, und sieht der Fortsetzung unseres Dialogs über diese Fragen von allgemeinem Interesse erwartungsvoll entgegen.*

*Mit freundlichen Grüßen*



*Maroš Šefčovič  
Vizepräsident*